

(Vizepräsident Lipinski.)

- (A) daß sie herrschen und die Regierung beeinflussen und bestimmend beherrschen, daß also die Macht nicht mehr in den Händen der Regierung, sondern in den Händen dieser Truppen liegt und daß diese Truppen die Gegenrevolution organisieren.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Eine rein persönliche Auffassung!)

Vor einigen Tagen, am Anfang dieser Woche sind drei Spitzel in Leipzig verhaftet worden: der eine, der sich als Spartakusmann bei den Kommunisten eingeschlichen hat, und gegen 270 M. Judaslohn die Polizei auf Kommunisten aufmerksam gemacht und deren zeitweilige Verhaftung veranlaßt hat; und dann wieder Offiziersaspiranten, die im Auftrag der Eden-Hotel-Kommission, im Auftrage Koskes in Leipzig versucht haben, Verhaftungen vorzunehmen.

(Abg. Fleißner: Mördergesellschaft Liebknechts!)

Das ist dasselbe Eden-Hotel, von dem die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgegangen ist.

(Zustimmung bei den Unabhängigen.)

- (B) Meine Damen und Herren! Wenn Sie darüber im Zweifel sind, daß die Konterrevolution in der Militärkaste marschiert, dann bitte beachten Sie, daß wenige Tage vor der Ermordung Eisners der Putsch unter Führung eines preußischen Prinzen in München vorgenommen worden ist.

(Lebhafter Widerspruch rechts.)

Ich verdente es den Herren gar nicht, daß sie versuchen, ihre alte Macht aufrechtzuerhalten, aber ich verschließe die Augen nicht vor der Gefahr, die der Demokratie und dem Sozialismus durch die Konterrevolution droht. Deshalb sage ich, die Revolution hat am 9. November einen Punkt hinter dem Vergangenen gemacht, aber sie hat damit nicht gesagt, daß nun auch der neue Satz angefangen werden muß. Und der neue Satz besagt, daß die Revolution nicht ruht, sondern daß sie ein sozialistisches Ziel zu erreichen sucht, daß aus der Not und dem Elend des Krieges eine andere Gesellschaftsform geboren werden muß und daß diese andere Gesellschaftsform eine sozialistische sein muß. Diese Form wird von Ihrer Seite bekämpft, sie wird von der Konterrevolution bekämpft. Und sie zu schützen und dem Sozialismus eine Bürgschaft zu geben, das zu erreichen, ist Aufgabe der A.- und S.-Räte.

Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zurück auf den Streik. Im Ruhrrevier hatte sich eine

Neuerkommission gebildet, die die Sozialisierung der Betriebe durchführen wollte. Sie hatte einen Amtsrichter zu ihrem Vorsitzenden gemacht und Forderungen aufgestellt, wie die Sozialisierung vorgenommen werden könnte, wie die Überwachung der Betriebe, die Überwachung der Geschäftsführung vor sich gehen könnte, so daß die Ausbeutung des Volkes nicht ungeheuerlich gesteigert wird. Die Regierung hat es abgelehnt, diese Forderungen anzuerkennen, und als die Arbeiter sich dem nicht fügten, ist Militär hingeschafft worden. Die Arbeiter sind darauf übereingekommen und haben einen Teil ihrer Forderungen zurückgeschraubt.

Nun ist der neue Streik in Mitteldeutschland ausgebrochen. Was verlangen da die Arbeiter? Sie verlangen die sofortige restlose Durchführung der Demokratie in allen Reichs- und Staatsbetrieben, sowie auch in allen für die Verstaatlichung und Bergesellschaftlichung reifen Betrieben. Insbesondere fordert die Konferenz für die Bergleute Mitteldeutschlands die Verwirklichung der Demokratie durch sofortige Anerkennung der direkt und gemeinsam gewählten Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten und des sich darauf aufbauenden Bezirksarbeiterrates, der den Beigeordneten für den Reichskommissar stellt. Sie wollen also nicht die Sozialisierung der Betriebe unmittelbar, sondern die Vorarbeit für die Sozialisierung in die Wege leiten. Das ist abgelehnt worden, und deshalb der Streik. Und wie ich Ihnen heute sagen kann, hat sich der Streik ausgedehnt; in ganz Mitteldeutschland ruht der Betrieb. Das sieht nicht so aus, als wenn der Streik in irgendeiner Weise schnell abflauen würde.

Dann wurde gesagt, das seien Zwangsstreiks. In Leipzig hat man die Betriebsvertrauensleute veranlaßt, Abstimmungen in den Betrieben vorzunehmen. Da stellte sich heraus, daß 34012 Arbeiter für und 5320 Arbeiter gegen den Streik sich gestellt haben. Sie sind aus eigener Initiative, nicht aus Zwang in den Streik eingetreten.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten und Demokraten. — Abg. Müller [Zwickau]: Das Leipziger System kennen wir doch!)

Nun komme ich zurück zur Frage, ob die Konterrevolution am Werke ist oder nicht. Als die Regierung am 16. November die erste Erklärung über die Handhabung der Geschäfte veröffentlichte, da wurde auch der Schlußsatz aufgenommen, daß die Verwaltung aufrecht erhalten werden solle, daß sich die Beamten den neuen Verhältnissen unterzuordnen haben, daß aber konterrevolutionäre Bestrebungen geahndet würden.